

Biden-Regierung beruft sich auf „indigenes Wissen“, um die Ölbohrungen in Alaska einzudämmen, doch Stammesführer sind bereit für Trump

geschrieben von Andreas Demmig | 2. Januar 2025

 DAILY CALLER NEWS FOUNDATION

Nick Pope, Mitwirkender, 26. Dezember 2024, Daily Caller News Foundation

Die Biden-Regierung rechtfertigte massive Maßnahmen gegen die Erschließung fossiler Brennstoffe und Mineralien in Alaska mit der Betonung ihres Engagements für die Indianerstämme. Einige indigene Gemeindevorsteher, mit denen die Daily Caller News Foundation sprach, gaben jedoch an, dass sie sich von der Regierung nicht respektiert fühlten.

Im Laufe der letzten vier Jahre hat die Biden-Regierung die Bohraktivitäten auf zig Millionen Hektar Land im National Petroleum Reserve-Alaska (NPR-A) und im Arctic National Wildlife Refuge (ANWR) eingestellt, Pachtverkäufe rückwirkend annulliert und ein großes Bergbauprojekt im Bundesstaat effektiv blockiert, wobei in offiziellen Erklärungen und Pressemitteilungen oft das Engagement der Regierung für den Schutz der Umwelt für die indigenen Gemeinden anpriesen wird. Diese Maßnahmen sind jedoch eine große Enttäuschung für die Ureinwohner Alaskas. Die Regierung ignoriert weitgehend den Wunsch, die Einnahmen für die Entwicklung ihrer Gemeinden zuzulassen. Diese Gemeinden sind daher bereit, mit der kommenden Trump-Regierung zusammenzuarbeiten, um ein angemessenes Gleichgewicht zu finden.

Innenministerin Deb Haaland sagte in einer Erklärung vom September 2023:

„Da der Klimawandel die Arktis mehr als doppelt so schnell erwärmt wie den Rest des Planeten, müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um die höchsten Standards zum Schutz dieses fragilen Ökosystems einzuhalten“.

Die Regierung hatte beschlossen, 13 Millionen Acres vor Bohraktivitäten im NPR-A zu schützen und Pachtverkäufe rückwirkend zu stornieren.

„Präsident Biden setzt die ehrgeizigste Klima- und Naturschutzagenda der Geschichte um. Die Schritte, die wir heute unternehmen, untermauern dieses Engagement, basierend auf den besten verfügbaren

wissenschaftlichen Erkenntnissen und in Anerkennung des indigenen Wissens der ursprünglichen Verwalter dieses Gebiets, um unser öffentliches Land für zukünftige Generationen zu schützen.“

Allerdings war die Achtung des „indigen Wissens“ durch die Regierung für einige Stammesführer und -beamte nicht besonders wichtig, da die Regierung offensichtlich kein Interesse daran hatte, sich mit ihnen ernsthaft über zentrale Fragen der Rohstoffgewinnung auszutauschen.

Nagruk Harcharek ist Präsident von Voice of the Arctic Iñupiat, einer Organisation, welche die Interessen zahlreicher indigener Gemeinschaften in der rohstoffreichen North Slope-Region Alaskas vertritt. Seiner Ansicht nach war die Biden-Regierung nicht daran interessiert, zu hören, was seine Organisation über den Wert der wirtschaftlichen Vorteile zu sagen hatte, die die Rohstoffentwicklung seiner Gemeinschaft bietet.

„Ich habe 2022 hier angefangen. Als Erstes habe ich versucht sicherzustellen, dass unsere Stimmen von der Regierung gehört werden. Denn diese bezeichnet sich als die stammesfreundlichste Regierung in der Geschichte der Vereinigten Staaten, nicht wahr? Zumindest aus unserer Sicht ist das nicht unser Eindruck.“

„Wir haben immer versucht zu betonen, dass wir Teil der Umwelt sind. Wir nutzen sie für die Jagd zum Lebensunterhalt, für unsere Kultur, und sie ist uns äußerst wichtig. Wir müssen nicht vor unserer eigenen Umwelt geschützt werden“, fuhr Harcharek fort. „Wir können Entscheidungen treffen und Regierungen dabei helfen, Entscheidungen zu treffen, die sowohl gut für die Region als auch gut für die Umwelt und gut für den Staat, gut für die Nation sind. Und das war einfach nicht der Fall. Es fehlte an Engagement, an sinnvollem Engagement. Oft hörten wir von politischen Veränderungen in den Nachrichten und nicht durch Telefonanrufe von Leuten, obwohl jeder unsere Nummer hat.“

(VERWANDTE THEMEN: „Schweigen, Mauern und Verachtung“: Native American Group verklagt Biden-Regierung wegen hartem Vorgehen gegen riesige Erdölreserven)

„Über 40 Jahre lang hat das BLM die NPR-A im Einklang mit diesen Richtlinien des Kongresses und in regelmäßiger Absprache mit den lokalen Interessenvertretern verwaltet und den Hauptzweck der NPR-A, die Förderung der Öl- und Gasexploration und -entwicklung, erfolgreich mit angemessenen Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen in Einklang gebracht. Damit ist jetzt Schluss. Die endgültige NPR-A-Regel ist eine völlige Abkehr von dieser langjährigen Verwaltungspraxis, die die wirtschaftliche Entwicklung am North Slope ohne Genehmigung des Kongresses einseitig behindern wird.“

Laut VOICE verschafft das NPR-A den indianischen Gemeinden vor Ort wichtige Einnahmen für Dinge wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Abwassersysteme. Das Unternehmen führt die deutlich gestiegene Lebenserwartung der in der Region lebenden amerikanischen Ureinwohner auf den durch die Öl- und Gasförderung geschaffenen Wohlstand zurück.

Biden-Regierung will 31 Millionen Acres für Solarenergie freigeben, nachdem sie in riesigen Teilen Alaskas Öl- und Gasvorkommen blockiert hat

Biden Admin Looks To Open Up 31 Million Acres For Solar After Locking Up Oil, Gas In Huge Swath Of Alaska
<https://t.co/C3AUKnGG4o>

– Daily Caller (@DailyCaller) August 31, 2024

Harcharek sagt, seine Organisation habe neun Mal versucht, ein Treffen mit Innenministerin Deb Haaland zu vereinbaren, aber erst im Juni dieses Jahres sei ihnen die Chance dazu gekommen.

Harcharek sagt, seine Organisation habe neun Mal versucht, ein Treffen mit Innenministerin Deb Haaland zu vereinbaren, aber erst im Juni dieses Jahres sei ihnen die Chance dazu gekommen.

„Manchmal haben wir nicht einmal eine Antwort auf unsere E-Mails erhalten. Wenn Sie also sagen, dass sie die stammesfreundlichste Organisation sind, dann aber nicht oder auf sinnvolle Weise mit den meisten unserer Stämme oder uns sprechen, stellt sich nur die Frage: Was sind Sie? Wer hält Sie für die stammesfreundlichste Regierung? Denn wir bekommen diese Meinung nicht“, sagte Harcharek.

Doreen Leavitt, Sekretärin der Inupiat Community of the Arctic Slope (ICAS), kritisierte Innenministerin Haaland ebenfalls für ihr mangelndes Engagement für ihre Gemeinde seit 2021 und äußerte die Hoffnung, dass der republikanische Gouverneur von North Dakota, Doug Burgum – Trumps Wahl als Nachfolger von Haaland – ein besserer Anführer des DOI sein werde.

„Die Führung von Ministerin Haaland für ICAS und unsere Region war nicht nur zutiefst frustrierend, sondern auch traurig, denn ich bin selbst eine indigene Frau, die möchte, dass andere indigene Frauen in Führungspositionen erfolgreich sind und sich weiterentwickeln. Ihr Mangel an Respekt für unsere Region war, gelinde gesagt, frustrierend. Trotz ihrer Anerkennung der Stammesverantwortung wurden unsere Anfragen nach Konsultationen zu kritischen Themen ignoriert oder abgelehnt“, sagte Leavitt dem DCNF. „Ich weiß nicht

viel über Minister Burgum, außer dass er aus den Dakotas stammt, aber wir erwarten von dem neuen Minister, dass er diese sinnvolle Konsultation, diesen transparenten Prozess und Respekt für unsere Stammessouveränität und Selbstbestimmung bietet und die Dinge, die wir unter Haaland nicht gesehen haben.“

Leavitt erklärte auch, dass die Ressourcenentwicklung ihrer Gemeinde in den vergangenen 50 Jahren das Geld zur Verfügung gestellt habe, welches sie für die Einrichtung und Erhaltung grundlegender Dinge wie fließendes Wasser, Schulsysteme, Gesundheitszentren, Notdienste und mehr benötigen.

Ohne eine politische Haltung einzunehmen, bemerkte Leavitt, dass sie und ihre Organisation sich „besonders darauf freuen, dass die künftige Trump-Regierung die Rechte im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Regierungen respektiert“.

Charles Lampe, der Präsident der Kaktovik Iñupiat Corporation, sagte, er und seine Leute freuten sich auf Trumps Rückkehr an die Macht, nachdem sie das Gefühl gehabt hätten, dass die meisten Bedenken seiner Gemeinde hinsichtlich eines harten Vorgehens gegen die Rohstoffförderung von der Biden-Regierung „so ziemlich einfach beiseite geschoben“ worden seien.

„Wir freuen uns sehr auf die nächsten vier Jahre. Mit der vorherigen Regierung, der Trump-Regierung, hatten wir eine großartige Beziehung. Wir hatten einfach das Gefühl, dass man uns während dieser Zeit wirklich zuhörte.“

Alle von der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, erstellten Inhalte stehen jedem seriösen Nachrichtenverlag, der ein großes Publikum erreichen kann, kostenlos zur Verfügung. Alle erneut veröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen unseres Reporters und seine DCNF-Zugehörigkeit enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer Partnerschaft mit uns wenden Sie sich bitte an licensing@dailycallernewsfoundation.org .

<https://dailycaller.com/2024/12/26/biden-administration-drilling-alaska-tribes-trump/>